

# Sächsisches Amtsblatt

Nr. 41/2024

10. Oktober 2024

## Inhaltsverzeichnis

### Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt über die Beleihung nichtöffentlicher Krankenhausträger und die Bestellung von Beschäftigten (VwV Beleihung und Bestellung) vom 24. September 2024..... 1158

### Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen Flughafen Leipzig/Halle, Start- und Landebahn Süd mit Vorfeld 15. Planänderung – Auslegung des Änderungsplanfeststellungsbeschlusses – vom 18. September 2024 ..... 1164

### Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung der Landesregulierungsbehörde beim Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Geltung verfahrensrechtlicher Bestimmungen der Festlegung zur Verteilung von Mehrkosten in Netzen aus der Integration von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien (Verfahrensfestlegung EE Mehrkosten) Az.: LRB-4153/86/15 – 2024/48341 vom 24. September 2024 ..... 1166

Bekanntmachung des Landratsamtes Görlitz über die Genehmigung der Neufassung der Verbandssatzung des AZV Löbau-Nord vom 5. September 2024..... 1167

Verbandssatzung des AZV Löbau-Nord ..... 1167

# **Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt**

## **Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt über die Beleihung nichtöffentlicher Krankenhausträger und die Bestellung von Beschäftigten (VwV Beleihung und Bestellung)**

**Vom 24. September 2024**

### **A. Einleitung**

Der Vollzug der Unterbringung nach dem Sächsischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz vom 22. Juli 2024 (SächsGVBl. S. 673) ist eine hoheitliche Aufgabe, die zu Grundrechtseingriffen bei der untergebrachten Person berechtigt. Nach dem Funktionsvorbehalt des Artikels 33 Absatz 4 des Grundgesetzes dürfen hoheitliche Befugnisse grundsätzlich nur von Angehörigen des öffentlichen Dienstes ausgeübt werden. Die Unterbringung wird im Freistaat Sachsen zum überwiegenden Teil von Krankenhäusern in nichtöffentlicher Trägerschaft vollzogen. Zur Sicherstellung der verfassungsrechtlich notwendigen Legitimation ist daher neben der Beleihung der nichtöffentlichen Krankenhausträger eine Bestellung der zum Vollzug der Unterbringung eingesetzten Leitungskräfte erforderlich (vergleiche zur Legitimation der Ausübung hoheitlicher Gewalt: BVerfG, Urteil vom 18. Januar 2012 – 2 BvR 133/10 – BVerfGE 130, 76-130). Die bisherige gesetzliche Regelung hat noch die Bestellung aller am Vollzug der Unterbringung beteiligten Beschäftigten verlangt. Diese Regelung ist mit Inkrafttreten des Sächsischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes am 17. August 2024 von einer zu erteilenden Einwilligung der bestellten Leitungskräfte für das weitere, am Vollzug der Unterbringung beteiligte Personal abgelöst worden.

### **B. Anwendungsbereich**

#### **I. Hoheitliche Vollzugsaufgaben im Krankenhaus**

Hoheitliche Vollzugsaufgaben übt aus, wer zulässige grundrechtseinschränkende Maßnahmen im Sinne des Dritten Abschnittes des Sächsischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes gegen oder ohne den Willen der untergebrachten Person anordnet oder diese Anordnungen ausführt. Zu den Vollzugsaufgaben gehören insbesondere:

1. die Eingangsuntersuchung einer Person ohne deren Einwilligung,
2. die Entscheidung über die stationäre Aufnahme einer Person ohne deren Einwilligung,
3. die Anwendung unmittelbaren Zwangs,
4. die Entscheidung über und die Durchführung der ärztlichen Behandlung gegen den natürlichen Willen der untergebrachten Person,
5. der Entzug und die Ingewahrsamnahme von persönlichem Eigentum,

6. die Entscheidung über und die Durchsetzung von Besuchsregelungen,
7. die Beschränkung und Kontrolle von Postsendungen und anderen Kommunikationsmitteln,
8. die Beschränkung und Überwachung des Ausgangs und der Bewegung innerhalb der Station,
9. die Anordnung und Durchsetzung von freiheitsbeschränkenden und freiheitsentziehenden Sicherungsmaßnahmen,
10. die Anordnung und Durchführung von Durchsuchungen der untergebrachten Person selbst, ihrer persönlichen Sachen und ihres Patientenzimmers.

Nicht an Vollzugsaufgaben wirkt solches Personal mit, das zwar im betreffenden Krankenhaus tätig ist und mit den im Krankenhaus untergebrachten Personen in Kontakt tritt, zu dessen Aufgabe es aber nicht gehört, sich an den mit dem Vollzug der Unterbringung verbundenen Maßnahmen gegenüber den untergebrachten Personen zu beteiligen. Dies betrifft insbesondere technisches Personal, Reinigungs-, Verpflegungs- und Bürokräfte. Auch Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sind in der Regel nicht mit hoheitlichen Vollzugsaufgaben betraut.

### **II. Nichtöffentliche Krankenhausträger**

Unter nichtöffentlichen Krankenhausträgern sind die Träger von privatrechtlichen Krankenhäusern einschließlich der in privatrechtlicher Form betriebenen Krankenhäuser im Eigentum der Kommunen, von kirchlichen Krankenhäusern und von Krankenhäusern in freigemeinnütziger Trägerschaft zu verstehen. Nicht darunter fallen die als Eigenbetrieb geführten kommunalen Krankenhäuser, die Sächsischen Landeskrankenhäuser gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 1 des Sächsischen Verwaltungsorganisationsgesetzes und die Universitätskliniken gemäß § 1 Absatz 1 des Universitätsklinik-Gesetzes vom 6. Mai 1999 (SächsGVBl. S. 207), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 31. Mai 2023 (SächsGVBl. S. 329) geändert worden ist.

### **III. Anerkannte Einrichtungen**

Die Unterbringung von Erwachsenen in einer anerkannten Einrichtung gemäß § 26 Absatz 2 des Sächsischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes ist nicht Gegenstand dieser Verwaltungsvorschrift.

## C. Beleihung nichtöffentlicher Krankenhausträger

### I. Beleihung

Die nichtöffentlichen Krankenhausträger üben als Beliehene hoheitliche Befugnisse aus. Die Beleihung erfolgt kraft Gesetzes und knüpft an die Aufnahme in den Krankenhausplan gemäß § 4 des Sächsischen Krankenhausgesetzes vom 15. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 752), das durch Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 22. Juli 2024 (SächsGVBl. S. 673) geändert worden ist, in Verbindung mit der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz zur Festlegung von Einzugsgebieten für die psychiatrische Krankenhausversorgung vom 22. Dezember 2014 (SächsGVBl. 2015 S. 154) an. Die nichtöffentlichen Krankenhausträger haben infolge der Beleihung die Gesamtverantwortung für die Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit der Erfüllung von an sie übertragenen hoheitlichen Aufgaben. Deren Beschäftigte, die die hoheitlichen Vollzugsaufgaben ausführen, sind gemäß § 26 Absatz 4 Satz 5 des Sächsischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes an das Gesetz sowie an die Aufsicht und Weisung der übergeordneten staatlichen Stellen gebunden. Zuständige Aufsichtsbehörde ist die Landesdirektion Sachsen. Zuständige oberste Fachaufsichtsbehörde für Weisungen gegenüber diesen Beschäftigten im Rahmen des Selbsttrittsrechts bei der Fachaufsicht nach § 26 Absatz 4 Satz 7 in Verbindung mit § 46 Absatz 4 des Sächsischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes ist das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt.

### II. Sicherstellung

Die beliehenen nichtöffentlichen Krankenhausträger stellen sicher, dass sie die sachlichen, organisatorischen und personellen Anforderungen erfüllen, um den ordnungsgemäßen Vollzug der Unterbringung nach dem Sächsischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz zu gewährleisten. Den Aufsichtsbehörden ist auf Verlangen Auskunft in allen Angelegenheiten der öffentlich-rechtlichen Unterbringung zu geben und jederzeit ein Zugangs- und Kontrollrecht zu gewähren. Die beliehenen nichtöffentlichen Krankenhausträger haben der Aufsichtsbehörde unverzüglich mitzuteilen, wenn die sachlichen, organisatorischen und personellen Anforderungen für den Vollzug unterschritten werden, wenn die erforderliche Sicherheit innerhalb der Einrichtung nicht mehr gewährleistet werden kann oder wenn die öffentliche Sicherheit gefährdet erscheint.

## D. Bestellung

### I. Zu bestellende Personen

Von der Aufsichtsbehörde zu bestellen sind die Leitungskräfte der beliehenen nichtöffentlichen Krankenhausträger, zu deren arbeitsvertraglichen Aufgaben der Vollzug der öffentlich-rechtlichen Unterbringung gehört. Leitungskräfte sind die ärztliche Leitung, die Pflegedienstleitung und die leitende Psychologin oder der leitende Psychologe, soweit diese tatsächlich mit Vollzugsaufgaben betraut werden. Zu bestellen ist außerdem deren jeweilige Stellvertretung.

## II. Fachliche und persönliche Eignung

1. Die zu bestellenden Personen müssen für die im Rahmen der Unterbringung ausgeübten Tätigkeiten fachlich und persönlich geeignet sein und für die Anordnung und Durchführung der Vollzugsaufgaben im Krankenhaus auch tatsächlich ausreichend zur Verfügung stehen. Nicht bestellt werden Leitungskräfte und deren jeweilige Stellvertretung, wenn deren regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit weniger als 20 Wochenstunden beträgt oder wenn sie mehr als drei Monate abwesend sind.
2. Die für die Bestellung nachzuweisende fachliche Eignung erfordert
  - a) bei Ärztinnen und Ärzten den erfolgreichen Abschluss einer Weiterbildung zur oder zum
    - Fachärztin oder Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie,
    - Fachärztin oder Facharzt für Psychiatrie,
    - Fachärztin oder Facharzt für Neurologie und Psychiatrie,
    - Fachärztin oder Facharzt für Nervenheilkunde,
    - Fachärztin oder Facharzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie oder
    - Fachärztin oder Facharzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie,
  - b) bei Psychologinnen und Psychologen den erfolgreichen Abschluss einer Weiterbildung zur oder zum
    - Psychologischen Psychotherapeutin oder Psychologischen Psychotherapeuten,
    - Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin oder Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten,
    - Fachpsychotherapeutin oder Fachpsychotherapeuten für Erwachsene oder
    - Fachpsychotherapeutin oder Fachpsychotherapeuten für Kinder und Jugendliche,
  - c) bei der Pflegedienstleitung den erfolgreichen Abschluss einer Weiterbildung zur oder zum
    - Fachpflegeexpertin oder Fachpflegeexperten für allgemeine Psychiatrie,
    - Fachpflegeexpertin oder Fachpflegeexperten für allgemeine und forensische Psychiatrie,
    - Fachpflegeexpertin oder Fachpflegeexperten für allgemeine Psychiatrie, Psychosomatik oder Psychotherapie,
    - Fachpflegeexpertin oder Fachpflegeexperten für Geriatrie, Rehabilitation und Gerontopsychiatrie oder
    - Fachpflegeexpertin oder Fachpflegeexperten für Schwerstpflege und Gerontopsychiatrie
 nach Teil 2 Abschnitt 3 Unterabschnitt 5 bis 7 der Sächsischen Weiterbildungsverordnung Gesundheitsfachberufe vom 22. Mai 2007 (SächsGVBl. S. 209), die zuletzt durch die Verordnung vom 1. März 2022 (SächsGVBl. S. 189) geändert worden ist, oder den erfolgreichen Abschluss einer nach Inhalt und Umfang vergleichbaren Weiterbildung.
3. Die für die Bestellung nachzuweisende persönliche Eignung erfordert
  - a) ein zur Vorlage bei einer Behörde bestimmtes Führungszeugnis (Belegart O) gemäß den §§ 30 Absatz 5, 31 des Bundeszentralregistergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. September 1984 (BGBl. I S. 1229, 1985 I S. 195), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 19. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 245) geändert worden ist; das Führungszeugnis darf keine Eintragung einer Verurteilung wegen einer vorsätzlichen Tat zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr oder we-

gen eines vorsätzlichen Delikts gegen die körperliche Unversehrtheit, die sexuelle Selbstbestimmung oder die persönliche Freiheit aufweisen und für den Nachweis nicht älter als sechs Monate sein, und

b) die Erklärung der zu bestellenden Person, dass sie für die freiheitliche demokratische Grundordnung des Grundgesetzes eintritt, dass sie insbesondere die Grundrechte der ihr anvertrauten Patientinnen und Patienten und den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit bei allen Maßnahmen der Unterbringung beachtet, und dass sie sich selbst beim Vollzug der Unterbringung vollumfassend an alle Weisungen der Aufsichtsbehörden nach § 26 Absatz 4 Satz 6 und 7 des Sächsischen Psychisch-Kranken-Hilfegesetzes gebunden sieht.

### III.

#### Meldung der zu bestellenden Personen

Die Bestellung setzt die Meldung der zu bestellenden Person mit ihren erforderlichen Daten und Nachweisen an die Aufsichtsbehörde voraus. Die Meldung einer zu bestellenden Person soll bei der Aufsichtsbehörde möglichst schon vor Beginn ihrer Tätigkeit, spätestens mit dem Beginn, eingehen. Die Meldung enthält:

1. den Namen, die Anschrift, die Ansprechpartnerin oder den Ansprechpartner, die E-Mail-Adresse und Telefonnummer des Krankenhausträgers sowie die genaue Bezeichnung der Einrichtung und der Abteilung für den Vollzug der Unterbringung,
2. die tatsächliche Funktion der zu bestellenden Person beim Vollzug der Unterbringung (Leitungskraft oder Stellvertretung),
3. die Identitätsdaten der zu bestellenden Person (Titel, Name, Vorname, Wohnanschrift, Geburtsdatum, Geburtsort, Berufsqualifikation),
4. das Einstellungsdatum beziehungsweise den Beginn der Tätigkeit mit Vollzugsaufgaben bei der Unterbringung,
5. die vereinbarte Dauer und den Umfang der Beschäftigung,
6. die Art des Beschäftigungsverhältnisses,
7. die Erklärung der zu bestellenden Person über das Eintreten für die freiheitliche demokratische Grundordnung des Grundgesetzes,
8. die Erklärung der zu bestellenden Person über die Bindung an Weisungen der Aufsichtsbehörden nach § 26 Absatz 4 Satz 6 und 7 des Sächsischen Psychisch-Kranken-Hilfegesetzes,
9. die Erklärung der zu bestellenden Person über ihre Berechtigung zu verbindlichen Regelungen im Rahmen von Dienstanweisungen gegenüber dem weiteren, beim Vollzug mitwirkenden Personal.

Die Meldung ist durch den Krankenhausträger möglichst auf dem Meldeformular in der Anlage vorzunehmen.

### IV.

#### Bearbeitung der Meldungen

Eine Priorisierung der Bearbeitung eingegangener Meldungen bei der Aufsichtsbehörde liegt in deren Ermessen.

### V.

#### Bestellung durch Verwaltungsakt

1. Bei Vorliegen der Voraussetzungen bestellt die Aufsichtsbehörde die gemeldete Person durch Verwaltungsakt widerruflich für die Anordnung und Durchführung der Vollzugsaufgaben. Der Krankenhausträger erhält von der Aufsichtsbehörde eine schriftliche Information über die erfolgte Bestellung.
2. Der Verwaltungsakt verliert seine Wirksamkeit, wenn die bestellte Person ihre Beschäftigung beim Krankenhausträger beendet oder ihre Tätigkeit ändert (auflösende Bedingung). Der Widerrufsvorbehalt gilt für den Wegfall der fachlichen oder persönlichen Eignung. Sind die fachlichen Voraussetzungen der zu bestellenden Person nach Großbuchstabe D Ziffer II Nummer 2 Buchstabe c bei der Pflegedienstleitung oder ihrer Stellvertretung zum Zeitpunkt der Bestellung noch nicht erfüllt, kann diese dennoch unter der Auflage bestellt werden, dass der geforderte Nachweis der erfolgreichen Weiterbildung innerhalb eines Jahres nachgereicht wird.
3. Wird der Verwaltungsakt aufgehoben, informiert die Aufsichtsbehörde den Krankenhausträger hierüber.
4. Wird der Verwaltungsakt aufgehoben oder verliert auf andere Art und Weise seine Wirksamkeit, soll der Krankenhausträger eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger benennen und nach Großbuchstabe D Ziffer III melden.

### VI.

#### Mitteilungspflicht bei Änderungen

Der Krankenhausträger hat der Aufsichtsbehörde unverzüglich mitzuteilen, wenn sich bei einer bestellten Person eine Voraussetzung für die Bestellung geändert hat. Dies gilt insbesondere dann, wenn

1. Tatsachen bekannt werden, die Zweifel an der persönlichen oder fachlichen Eignung begründen,
2. mit dem Krankenhausträger eine andere Funktion oder Tätigkeit vereinbart wurde,
3. eine regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit von 20 Wochenstunden unterschritten wird,
4. eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Monaten Dauer erreicht wird,
5. ein Ruhen oder eine Unterbrechung der Beschäftigung von mehr als drei Monaten geplant ist oder
6. der Todesfall eintritt.

Im Übrigen hat der Krankenhausträger in den Fällen, in denen ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis endet, ein befristetes über die vereinbarte Dauer hinaus verlängert wird oder aus anderen Gründen nicht mehr besteht, die Änderung der Aufsichtsbehörde zeitnah mitzuteilen.

### E.

#### Mitwirkung weiteren Personals an Vollzugsaufgaben

### I.

#### Einwilligung durch die Leitungskräfte und Belehrung

Die Mitwirkung des weiteren Personals an Vollzugsaufgaben bedarf der Einwilligung der bestellten Leitungskraft oder ihrer Stellvertretung für den jeweiligen Tätigkeitsbereich. Die Einwilligung darf nur erteilt werden, wenn die persönliche und fachliche Eignung nach Großbuchstabe E Ziffer II nachgewiesen worden ist.

## II.

**Fachliche und persönliche Eignung**

1. Weiteres Personal muss zur Mitwirkung an Vollzugsaufgaben fachlich und persönlich geeignet sein.
2. Die fachliche Eignung erfordert
  - a) bei Ärztinnen und Ärzten die Approbation oder die befristete Berufserlaubnis, bei Psychologinnen und Psychologen das Hochschulzeugnis, welches sie oder ihn für die ausgeübte Tätigkeit qualifiziert, bei den Beschäftigten der Gesundheitsfachberufe die Berufserlaubnis, bei sonstigen Beschäftigten das Vorliegen der für die Tätigkeit geforderten Qualifikation und
  - b) die regelmäßige, dokumentierte Unterweisung jeweils zu den Rechtsgrundlagen des Sächsischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes und den praktischen Aspekten der Unterbringung.
3. Die persönliche Eignung erfordert
  - a) die zu dokumentierende Einsichtnahme in das Führungszeugnis gemäß § 30 Absatz 1 Satz 1 des Bundeszentralregistergesetzes, das keine Eintragung einer Verurteilung wegen einer vorsätzlichen Tat zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr oder wegen einer vorsätzlichen Tat gegen die körperliche Unversehrtheit, die sexuelle Selbstbestimmung oder die persönliche Freiheit aufweist; das Führungszeugnis ist der einwilligenden Leitungskraft für die Einsichtnahme von der mitwirkenden Person auf Anforderung vorzulegen; die mitwirkende Person muss in die Einsichtnahme einwilligen und ist zuvor durch den Arbeitgeber über den Zweck der Datenverarbeitung und ihr Widerrufsrecht in Textform aufzuklären; zu dokumentieren sind nur die Tatsache der erfolgten Einsichtnahme, das Ausstellungsdatum sowie die Feststellung, dass keine Eintragung über eine Verurteilung im oben genannten Sinne enthalten ist,
  - b) die zu dokumentierende Einschätzung der bestellten Leitungskraft oder ihrer Stellvertretung für den jeweiligen Tätigkeitsbereich, dass der oder die Beschäftigte für eine verantwortungsvolle Mitwirkung beim Vollzug der Unterbringung geeignet erscheint, und
  - c) die zu dokumentierende Erklärung der mitwirkenden Person, dass sie für die freiheitliche demokratische Grundordnung des Grundgesetzes eintritt, dass sie insbesondere die Grundrechte der ihr anvertrauten Patientinnen und Patienten und den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit bei allen Maßnahmen der Unterbringung beachtet, und dass sie sich selbst beim Vollzug der Unterbringung vollumfassend an alle Weisungen der Aufsichtsbehörden nach § 26 Absatz 4 Satz 6 und 7 des Sächsischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes gebunden sieht.

## III.

**Dokumentation der Einwilligung mit Belehrung**

Nach Prüfung der fachlichen und persönlichen Eignung hat die bestellte Leitungskraft oder ihre Stellvertretung die

von ihr erteilte Einwilligung für die namentlich zu bezeichnenden Beschäftigten zu dokumentieren. Alle an den Vollzugsaufgaben mitwirkenden Personen sind mit der Erteilung der Einwilligung über die wesentlichen Rechtsgrundlagen und ihre praktische Anwendung zu belehren, insbesondere für die Ausübung unmittelbaren Zwangs zur Durchsetzung von angeordneten Maßnahmen. Die erfolgte Belehrung der namentlich zu bezeichnenden Beschäftigten ist von der bestellten Leitungskraft oder ihrer Stellvertretung ebenfalls zu dokumentieren. Ohne die dokumentierte Einwilligung mit Belehrung durch eine bestellte Leitungskraft oder ihre Stellvertretung sind Beschäftigte nicht befugt, irgendwelche Maßnahmen gegen den Willen der untergebrachten Person anzuordnen oder durchzusetzen. Die Vorschriften zur Notwehr und zum rechtfertigenden Notstand im Sinne der §§ 32 und 34 des Strafgesetzbuches bleiben unberührt.

## F.

**Übergangsregelung**

Für Leitungskräfte und deren Stellvertretung, die bis zum 16. August 2024 auf der Grundlage von § 15 Absatz 5 Satz 1 des Sächsischen Psychisch-Kranken-Gesetzes bereits bestellt worden sind, wirkt die Bestellung bis zu einem etwaigen Widerruf der Aufsichtsbehörde fort. Für bereits bestelltes, mitwirkendes Personal gilt die noch wirksame Bestellung als erteilte Einwilligung im Sinne von § 26 Absatz 4 Satz 4 des Sächsischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes. Eine Belehrung ist nicht erforderlich; die regelmäßige Unterweisungspflicht ist aber zu beachten. Die beliehenden nichtöffentlichen Krankenhausträger haben sicherzustellen, dass ihre bereits bestellten Leitungskräfte und deren jeweilige Stellvertretung über die neuen Bestimmungen zur Mitwirkung weiteren Personals bei Vollzugsaufgaben umfassend informiert und zur informierten Einwilligung in die Mitwirkung nicht bestellten Personals befähigt werden. Die Mitteilungspflichten nach Großbuchstabe D Ziffer VI obliegen für die noch nach bisherigem Recht bestellten Leitungskräfte und deren Stellvertretung auch weiterhin dem Krankenhaus-träger.

## G.

**Kosten**

Verwaltungskosten werden nicht erhoben.

## H.

**Inkrafttreten und Außerkrafttreten**

Die Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt über die Bestellung von Beschäftigten der nichtöffentlichen Krankenhäuser gemäß § 15 Absatz 5 Satz 1 des Sächsischen Psychisch-Kranken-Gesetzes vom 15. August 2022 (SächsABl. S. 1049), enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 30. November 2023 (SächsABl. Sdr. S. S 306), außer Kraft.

Dresden, den 24. September 2024

Die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt  
Petra Köpping

**Anlage**

(Zu Großbuchstabe D Ziffer III Satz 4)

**Meldeformular**

für die gemäß § 26 Absatz 4 des Sächsischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes  
vom 22. Juli 2024 zu bestellende Leitungskraft oder ihre Stellvertretung

Geschäftszeichen (falls bekannt):	
Name, Anschrift, Ansprechpartner, E-Mail-Adresse und Telefonnummer des Arbeitgebers (Krankenhausträger):	
genaue Bezeichnung der Einrichtung und der Abteilung für den Vollzug der Unterbringung:	
tatsächliche Funktion der zu bestellenden Person beim Vollzug der Unterbringung (Leitungskraft oder Stellvertretung):	
Daten der zu bestellenden Person:  Titel:  Name:  Vorname:  Wohnanschrift:  Geburtsdatum, Geburtsort:  Berufsqualifikation:	
Einstellungsdatum:	
vereinbarte Dauer der Beschäftigung:	
Art des Beschäftigungsverhältnisses:	
vereinbarte regelmäßige Wochenarbeitszeit:	

**Erklärung der zu bestellenden Person**

**Ich erkläre**, dass ich für die freiheitliche demokratische Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland eintrete.

Ich verfolge oder unterstütze daher keine Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder des Landes gerichtet sind. Insbesondere verfolge und unterstütze ich keine Bestrebungen, die eine antisemitische, rassistische, fremdenfeindliche oder sonstige menschenverachtende Handlung zum Ziel haben.

Ich achte die Grundrechte der mir anvertrauten Patientinnen und Patienten und den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit bei allen Maßnahmen der Unterbringung.

Ich sehe mich selbst beim Vollzug der Unterbringung vollumfassend an alle Weisungen der Aufsichtsbehörden nach § 26 Absatz 4 Satz 6 und 7 des Sächsischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes gebunden.

Ich bin berechtigt, gegenüber beim Vollzug der Unterbringung mitwirkendem Personal verbindliche Regelungen im Rahmen von Dienstanweisungen zu treffen.

Ort, Datum:

Name:

Unterschrift:

Der Meldung sind folgende Unterlagen beizufügen:

- Nachweis der fachlichen Eignung (Großbuchstabe D Ziffer II Nummer 2 der VwV Beleihung und Bestellung)
- Nachweis der Antragstellung auf ein Führungszeugnis zur Vorlage bei der Behörde (Großbuchstabe D Ziffer II Nummer 3 der VwV Beleihung und Bestellung)

**Landesdirektion Sachsen**  
**Bekanntmachung**  
**der Landesdirektion Sachsen**  
**Flughafen Leipzig/Halle, Start- und Landebahn Süd mit Vorfeld**  
**15. Planänderung**  
**– Auslegung des Änderungsplanfeststellungsbeschlusses –**  
**Vom 18. September 2024**

I.

Mit Änderungsbeschluss der Landesdirektion Sachsen vom 12. September 2024, Gz.: 32-0522/1054/126 ist der Plan für die 15. Änderung für den Flughafen Leipzig/Halle, Start- und Landebahn Süd mit Vorfeld gemäß § 17 Satz 1 des Luftverkehrsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juni 2007 (BGBl. I S. 1206), das zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409) geändert worden ist, und § 74 Absatz 1 Satz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 236) geändert worden ist, festgestellt worden.

II.

Da mehr als 50 Zustellungen des Planfeststellungsbeschlusses vorzunehmen wären, wird die Zustellung gemäß § 74 Absatz 5 des Verwaltungsverfahrensgesetzes durch diese öffentliche Bekanntmachung ersetzt.

Je eine Ausfertigung des Änderungsplanfeststellungsbeschlusses und der planfestgestellten Unterlagen liegen in der Zeit

**vom 21. Oktober 2024**  
**bis einschließlich 4. November 2024**

- in den Stadtverwaltungen Leipzig, Halle (Saale), Schkeuditz, Delitzsch, Taucha, Eilenburg, Landsberg, Sandersdorf-Brehna, Goethestadt Bad Lauchstädt, Merseburg, Zörrig, Braunsbedra und
- in den Gemeindeverwaltungen Kabelsketal, Schkopau, Wiedemar, Rackwitz, Krostitz, Thallwitz, Jesewitz (sowie Verwaltungsverband Eilenburg-West) und Petersberg

während der jeweiligen Öffnungszeiten zur Einsichtnahme aus. Genauere Informationen ergeben sich aus den ortsüblichen Bekanntmachungen der vorgenannten Städte- und Gemeinden.

Ergänzend wird auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme des Änderungsplanfeststellungsbeschlusses und der planfestgestellten Unterlagen während des vorgenannten Zeitraums auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung/> (Infrastruktur – Luftverkehr) sowie im UVP-Portal der Länder unter <https://www.uvp-verbund.de> verwiesen.

Der Planfeststellungsbeschluss gilt mit dem Ende der Auslegungsfrist allen Betroffenen und denjenigen gegenüber, die Einwendungen erhoben oder Stellungnahmen abgegeben haben, als zugestellt (§ 74 Absatz 5 Satz 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes).

Bis zum Ablauf der Rechtsbehelfsfrist kann der Planfeststellungsbeschluss von den Betroffenen und denjenigen, die rechtzeitig Einwendungen erhoben haben, bei der Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig, schriftlich angefordert werden.

III.

Der Antragstellerin (Flughafen Leipzig/Halle GmbH) wurden Auflagen erteilt.

In dem Änderungsplanfeststellungsbeschluss ist über alle rechtzeitig erhobenen Einwendungen, Forderungen und Anregungen entschieden worden.

Die planfestgestellten Grunderwerbsunterlagen enthalten aus Datenschutzgründen keine Angaben über Namen und Anschriften der Grundeigentümer. Betroffenen Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern wird von der auslegenden Stelle oder der Planfeststellungsbehörde auf Anfrage Auskunft über die vom Vorhaben betroffenen eigenen Grundstücke gegeben.

IV.

**Rechtsbehelfsbelehrung**

Die Rechtsbehelfsbelehrung des Planfeststellungsbeschlusses lautet:

Gegen den Änderungsplanfeststellungsbeschluss kann innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung Klage beim Sächsischen Obergericht, Ortenburg 9, 02625 Bautzen (Postanschrift: Sächsisches Obergericht, Postfach 44 43, 02634 Bautzen) erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann nach Maßgabe des § 55a der Verwaltungsgerichtsordnung sowie der Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung vom 24. November 2017 (BGBl. I S. 3803) in der jeweils geltenden Fassung elektronisch erhoben werden.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Sachsen) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sind innerhalb einer Frist von zehn Wochen anzugeben. Erklärungen und Beweismittel, die erst nach Ablauf dieser Frist vor-



gebracht werden, können durch das Gericht zurückgewiesen werden. Der angefochtene Änderungsplanfeststellungsbeschluss soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden.

Vor dem Oberverwaltungsgericht müssen sich die Beteiligten, außer im Prozesskostenhilfverfahren, durch Prozessbevollmächtigte vertreten lassen. Welche Bevollmächtigten dafür zugelassen sind, ergibt sich aus § 67 Absatz 2 der Verwaltungsgerichtsordnung.

Die Anfechtungsklage gegen den Änderungsplanfeststellungsbeschluss hat keine aufschiebende Wirkung. Ein Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung nach § 80 Absatz 5 Satz 1 der Verwaltungsgerichtsordnung kann nach Zustellung des Änderungsplanfeststellungsbeschlusses innerhalb eines Monats beim Sächsischen Oberverwal-

tungsgericht gestellt werden. Der Antrag ist innerhalb dieser Frist auch zu begründen.

Treten später Tatsachen ein, die die Anordnung der aufschiebenden Wirkung rechtfertigen, kann der durch den Änderungsplanfeststellungsbeschluss Beschwerte einen hierauf gestützten Antrag innerhalb einer Frist von einem Monat stellen.

Die Frist beginnt in dem Zeitpunkt, in dem der Beschwerte von den Tatsachen Kenntnis erlangt.

Die Hinweise auf die Verwaltungsgerichtsordnung und die Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung (siehe oben Absatz 1) und zur Notwendigkeit der Vertretung (siehe oben Absatz 3) gelten entsprechend.

Leipzig, den 18. September 2024

Landesdirektion Sachsen  
Kraushaar  
Präsidentin

## Andere Behörden und Körperschaften

### **Bekanntmachung der Landesregulierungsbehörde beim Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Geltung verfahrensrechtlicher Bestimmungen der Festlegung zur Verteilung von Mehrkosten in Netzen aus der Integration von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien (Verfahrensfestlegung EE Mehrkosten)<sup>1</sup>**

**Az.: LRB-4153/86/15 – 2024/48341**

**Vom 24. September 2024**

Auf der Grundlage von § 29 Absatz 1 des Energiewirtschaftsgesetzes in Verbindung mit § 21 Absatz 3 Satz 4 Nummer 3 h) und i), Satz 5 des Energiewirtschaftsgesetzes ergeht durch die Landesregulierungsbehörde beim Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr folgende

#### **Festlegung:**

1. Die Bestimmungen der Tenorziffer 5 d) der Festlegung zur Verteilung von Mehrkosten in Netzen aus der Integration von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien der Bundesnetzagentur (BK8-24-001-A) sind auf Betreiber von Elektrizitätsverteilernetzen nach § 3 Nummer 3 des Energiewirtschaftsgesetzes in der Zuständigkeit der Landesregulierungsbehörde Sachsen anzuwenden.
2. Diese Festlegung ergeht kostenfrei.

#### **Hinweis:**

Die Festlegung gilt mit dem Tag als zugestellt, an dem seit dem Tag der Bekanntmachung im Sächsischen Amtsblatt zwei Wochen verstrichen sind (§ 73 Absatz 1a Satz 3 2. Halbsatz des Energiewirtschaftsgesetzes).

#### **Rechtsmittelbelehrung**

Gegen diesen Bescheid ist gemäß § 75 Absatz 1 des Energiewirtschaftsgesetzes die Beschwerde zulässig. Sie ist nach § 78 Absatz 1 des Energiewirtschaftsgesetzes schriftlich binnen einer Frist von einem Monat ab Zustellung der Entscheidung beim Beschwerdegericht, dem Oberlandesgericht Dresden, Schlossplatz 1, 01067 Dresden, elektronisch nach den gesetzlichen Vorgaben der §§ 55a, 55d der Verwaltungsgerichtsordnung in der jeweils geltenden Fassung, einzureichen.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit die Entscheidung angefochten und ihre Abänderung oder Aufhebung beantragt wird und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten.

Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt oder eine Rechtsanwältin unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Absatz 1 des Energiewirtschaftsgesetzes).

Dresden, den 24. September 2024

Kerstin Meißner  
Leiterin der Landesregulierungsbehörde

<sup>1</sup> Der vollständige Text der Festlegung ist auf der Internetseite der Landesregulierungsbehörde (<https://www.regulierung.sachsen.de/festlegungen-der-landesregulierungsbehoerde-sachsen-3974.html>) abrufbar.

# Bekanntmachung des Landratsamtes Görlitz über die Genehmigung der Neufassung der Verbandssatzung des AZV Löbau-Nord

**Vom 5. September 2024**

Das Landratsamt Görlitz hat mit Bescheid vom 5. September 2024, Az.: 9100-00/11.1.5.01-3835-4-5, die von der Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Löbau-Nord beschlossene Neufassung der Verbandssatzung genehmigt.

Rechtsgrundlage dieser Genehmigung ist § 38 Absatz 1 in Verbindung mit § 12 Absatz 1 Satz 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit vom 15. April 2019, zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom

9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134). Der Genehmigungsbescheid ist bereits bestandskräftig geworden.

Gemäß § 38 Absatz 2 Satz 2 in Verbindung mit § 13 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit werden hiermit die Genehmigung der Neufassung der Verbandssatzung und die Neufassung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Löbau-Nord bekannt gemacht.

Görlitz, den 5. September 2024

Landratsamt Görlitz  
Dr. Stephan Meyer  
Landrat

## Verbandssatzung des AZV Löbau-Nord

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) In der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 542) zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 20. November 2023 (SächsGVBl. S. 870) in Verbindung mit §§ 61 Abs.1, 26 Abs.1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 09. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) hat die Verbandsversammlung des AZV Löbau-Nord am 18.06.2024 folgende Zweckverbandssatzung beschlossen.

- § 17 Wirtschaftsführung, Prüfungswesen
- § 18 Wirtschaftsjahr, Wirtschaftsplan
- § 19 Deckung des Finanzbedarfes
- § 20 Öffentliche Bekanntmachungen
- § 21 Satzungsänderungen
- § 22 Ausscheiden von Verbandsmitgliedern
- § 23 Auflösung des Abwasserzweckverbandes
- § 24 Wegfall von Verbandsmitgliedern
- § 25 Zusammenarbeit, Satzungsanpassung
- § 26 Schlichtung von Streitigkeiten
- § 27 Inkrafttreten

### Inhaltsverzeichnis

- § 1 Name, Sitz
- § 2 Verbandsmitglieder, vergleichbare Abwassermenge
- § 3 Verbandsgebiet
- § 4 Aufgaben des Abwasserzweckverbandes
- § 5 Rechte und Pflichten der Verbandsmitglieder
- § 6 Beteiligungsquoten
- § 7 Verbandsorgane
- § 8 Aufgaben und Zuständigkeit der Verbandsversammlung
- § 9 Zusammensetzung und Stimmenverteilung
- § 10 Geschäftsgang der Verbandsversammlung
- § 11 Beschlüsse und Wahlen in der Verbandsversammlung
- § 12 Niederschrift
- § 13 Vorstandsvorsitzender
- § 14 Geschäftsführung, Geschäftsstelle
- § 15 Bedienstete des Abwasserzweckverbandes
- § 16 Stellung der Verbandsräte und des Vorstandsvorsitzenden

### § 1 Name, Sitz

(1) Der Abwasserzweckverband führt den Namen „Abwasserzweckverband Löbau-Nord“. Sitz des Zweckverbandes ist Löbau, Georgewitzer Straße 54.

(2) Der Abwasserzweckverband Löbau-Nord ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

### § 2 Verbandsmitglieder, vergleichbare Abwassermenge

(1) Die Mitglieder des Zweckverbandes sind – die Stadt Löbau und die Gemeinde Rosenbach.

(2) Der Beitritt weiterer Gemeinden ist unter Anerkennung der vorliegenden Satzung und mit Zustimmung der Verbandsversammlung nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften zulässig.

(3) Die vom Abwasserzweckverband den Verbandsmitgliedern zur Einleitung zugestandenen vergleichbaren Abwassermengen von Einwohnern (E) und Einwohnergleichwerten (EGW) wird, bezogen auf Klärwerkskapazität von 30.000 Einwohnerwert (EW), wie folgt festgelegt:

Löbau	14.500 E	12.630 EGW	27.130 EW	90 %
Rosenbach	1.534 E	1.336 EGW	2.870 EW	10 %

(4) Die Verteilung der Einwohnerwerte auf die Verbandsmitglieder wird jährlich vom Abwasserzweckverband geprüft. Veränderungen der Einwohnerzahlen werden entsprechend den vom Statistischen Landesamt durchgeführten Erhebungen, Veränderungen der Einwohnergleichwerte auf Grundlage der Messungen des Abwasserzweckverbandes jeweils zum 31.12. eines Jahres ermittelt. Ein Verbandsmitglied hat Anspruch auf Anpassung der Einwohnerwerte, wenn sich seine Einwohnerzahl um mindestens 2 % und/oder seine Einwohnergleichwerte um mindestens 5 % gegenüber den in Absatz 3 festgelegten Werten oder den nach Maßgabe dieses Absatzes neu festgelegten Werten verändert haben und sich hieraus eine Veränderung seines Einwohnerwertes von mindestens 3 % bezogen auf den geltenden Einwohnerwert ergibt.

(5) Änderungen der Einwohnerwerte der Verbandsmitglieder sind gemäß § 21 dieser Verbandssatzung öffentlich bekannt zu machen. Einer Änderung der Verbandssatzung bedarf es nicht.

### § 3

#### Verbandsgebiet

Das Gebiet des Zweckverbandes umfasst das Gebiet der in § 2 genannten Verbandsmitglieder mit Ausnahme des Ortsteils Großdehsa.

### § 4

#### Aufgaben des Abwasserzweckverbandes

(1) Der Abwasserzweckverband hat die Aufgabe, im Verbandsgebiet die öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen zu planen, zu errichten, zu übernehmen, zu erneuern, zu betreiben, zu unterhalten und zu verwalten, soweit sie für die Ableitung und Reinigung von anfallenden Abwasser, Schlämmen aus Kleinkläranlagen und den Inhalt aus abflusslosen Gruben aus dem Abwasserzweckverbandsgebiet notwendig sind. Er hat die ordnungsgemäße Einsammlung, Ableitung und Beseitigung des eingeleiteten Abwassers, der Schlämme aus Kleinkläranlagen, des Inhalts aus abflusslosen Gruben zu gewährleisten. Das gleiche gilt für das von Straßen, Wegen und öffentlichen Plätzen abfließende Niederschlagswasser, mit der Möglichkeit, dass diese Aufgabe im Einzelfall auch durch die Verbandsmitglieder in ihrem Gemeindegebiet übernommen werden kann. Darüber entscheidet die Verbandsversammlung.

(2) Die Planung und der Bau von Anlagen zur Abwasserbeseitigung erfolgt in Abstimmung mit den Verbandsmitgliedern.

(3) Der Abwasserzweckverband erfüllt seine Aufgaben nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Er erstrebt keinen Gewinn und dient ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken im Sinne des Steuerrechts.

(4) Der Abwasserzweckverband kann für andere Gemeinden und für Gebietsteile der Verbandsmitglieder, die

nicht zum Verbandsgebiet gehören, Aufgaben der Abwasserentsorgung übernehmen.

(5) In Vollzug des Abwasserabgabengesetzes des Freistaates Sachsen (SächsAbwAG) ist der Abwasserzweckverband in seinem Bereich anstelle der Kleineinleiter abgabepflichtig.

(6) Der Abwasserzweckverband erhebt Entgelte von den Benutzern seiner Einrichtungen. Der Abwasserzweckverband ist zum Erlass entsprechender Satzungen über den Anschluss- und Benutzungszwang sowie über die Erhebung von Gebühren und Beiträgen befugt, § 60 Abs. 3 SächsKomZG. Die Befugnis erstreckt sich auch auf die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten bei Zuwiderhandlungen gegen diese Satzungen.

(7) Der Zweckverband kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben Dritter bedienen. Er kann Aufgaben ganz oder teilweise durch Abschluss von Zweckvereinbarungen im Sinne des § 71 ff SächsKomZG auf Dritte zur Erledigung übertragen.

### § 5

#### Rechte und Pflichten der Verbandsmitglieder

(1) Die Verbandsmitglieder sind verpflichtet, das im Verbandsgebiet anfallende Abwasser, den Inhalt aus Kleinkläranlagen und den Inhalt aus abflusslosen Gruben dem Abwasserzweckverband zu überlassen.

(2) Die Verbandsmitglieder verpflichten sich, dem Abwasserzweckverband alle Grundstücke und die bestehenden Anlagen und Einrichtungen, soweit sie zur Erfüllung der dem Abwasserzweckverband übertragenen Aufgaben erforderlich sind, unentgeltlich zu übereignen.

(3) Soweit der Abwasserzweckverband im Gebiet der Verbandsmitglieder auf den Erwerb von Grundstücken und auf die Bestellung von Durchleitungsrechten bzw. Grunddienstbarkeiten angewiesen ist, unterstützen die Verbandsmitglieder den Abwasserzweckverband nachhaltig und aktiv beim Erwerb der Grundstücke und bei der Bestellung der erforderlichen Rechte.

(4) Soweit zur Aufgabenerfüllung des Abwasserzweckverbandes die Inanspruchnahme von Grundstücken der Verbandsmitglieder erforderlich ist, gestatten diese dem Abwasserzweckverband die Nutzung unentgeltlich. Die Nutzung wird grundsätzlich durch persönlich beschränkte Dienstbarkeiten gesichert.

(5) Die Verbandsmitglieder sind verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass nur solches Abwasser in Anlagen des Abwasserzweckverbandes eingeleitet wird, das den jeweiligen Empfehlungen, Richtwerten und Beschaffenheitskriterien der erlassenen Abwasserabgabensatzung für das Einleiten in öffentliche Abwasserbeseitigungsanlagen entspricht.

(6) Die Verbandsmitglieder fördern nach Kräften die Arbeit des Abwasserzweckverbandes und tragen, auch soweit unmittelbar Rechtspflichten nicht begründet sind oder werden, zur Erfüllung der Verbandsaufgaben bei.

(7) Die Verbandsmitglieder wirken durch ihre Vertreter in der Verbandsversammlung an den vom Verband zu treffenden Entscheidungen mit. Die Verbandsmitglieder haben darüber hinaus das Recht, an den Verband mit Anregungen und Anträgen heranzutreten, über die die Organe des Ab-

wasserzweckverbandes in angemessener Frist zu entscheiden haben.

(8) In Angelegenheiten, die Aufgaben des Abwasserzweckverbandes berühren, sind die Verbandsmitglieder verpflichtet, dem Abwasserzweckverband auf dessen Verlangen unverzüglich mündliche und schriftliche Auskünfte zu erteilen und Unterlagen zur Einsichtnahme zur Verfügung zu stellen. Über Tatsachen, die für die Aufgaben des Abwasserzweckverbandes von Belang sein könnten, haben die Verbandsmitglieder den Verband unverzüglich zu unterrichten.

## § 6 Beteiligungsquoten

(1) Die Beteiligungsquoten der Verbandsmitglieder richten sich nach der Zahl der Einwohnerwerte (EW) der Verbandsmitglieder gem. § 2 Abs. 3 dieser Satzung.

(2) Die Beteiligungsquoten sind maßgebend für die Bemessung der Betriebskostenumlage nach § 20 Abs. 2 dieser Satzung und für die Vermögensliquidation im Fall der Auflösung des Abwasserzweckverbandes gem. § 24 dieser Satzung.

## § 7 Verbandsorgane

Organe des Abwasserzweckverbandes sind

1. die Verbandsversammlung und
2. der Verbandsvorsitzende.

## § 8 Aufgaben und Zuständigkeit der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung ist das Hauptorgan des Abwasserzweckverbandes. Sie legt die Grundsätze für die Tätigkeit des Abwasserzweckverbandes fest und entscheidet über alle Angelegenheiten soweit diese nicht den anderen Verbandsorganen kraft Gesetzes oder aufgrund dieser Verbandssatzung zugewiesen sind oder von der Verbandsversammlung auf ein anderes Verbandsorgan übertragen werden.

Die Verbandsversammlung beschließt insbesondere über:

1. die Wahl des Verbandsvorsitzenden und der Stellvertreter, die Änderung dieser Verbandssatzung, die Überprüfung und die Neufestlegung der Einwohnerwerte,
2. den Erlass, die Änderung und die Aufhebung von sonstigen Satzungen, Abwasserentsorgungsbedingungen sowie dazu gehörige Entgelte und deren Kalkulationsgrundlagen,
3. die Verbandsumlage für die Verbandsmitglieder,
4. den Wirtschaftsplan (Haushaltssatzung),
5. den Jahresabschluss,
6. die Bestellung des Rechnungsprüfers,
7. die Übertragung von Aufgaben der Geschäftstätigkeit an Verbandsmitglieder oder Dritte unter Wahrung der gesetzlichen Vorschriften,
8. die Stellenübersicht für die Bediensteten des Zweckverbands,
9. die Aufnahme von Krediten und kreditähnlichen Rechtsgeschäften, die Übernahme von Bürgschaften und die Bestellung von sonstigen Sicherheiten,

10. den Abschluss von Rechtsgeschäften aller Art, die für den Verband von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung sind,
11. den Beitritt weiterer Mitglieder,
12. den Austritt von Verbandsmitgliedern und über Austrittsvereinbarungen mit ausscheidenden Verbandsmitgliedern,
13. den Erlass, die Änderung oder die Aufhebung der Geschäftsordnung der Verbandsversammlung und
14. den Erwerb, die Belastung und die Veräußerung von Grundstücken des Abwasserzweckverbandes.

## § 9 Zusammensetzung und Stimmenverteilung

(1) Die Verbandsversammlung besteht aus den Bürgermeistern der Verbandsmitglieder und weiteren Vertretern der Verbandsmitglieder nach Maßgabe des Absatzes 3 (Verbandsräte). Die weiteren Vertreter sind durch die Gemeinde- bzw. Stadträte der Verbandsmitglieder zu wählen.

(2) Jeder Verbandsrat hat einen Stellvertreter. Im Falle der Verhinderung eines Bürgermeisters tritt an dessen Stelle sein gesetzlicher Vertreter. Die Stellvertreter der übrigen Verbandsräte sind von den Gemeinde- und Stadträten der Verbandsmitglieder zu wählen.

(3) Ein Verbandsmitglied darf in einem Zweckverband mit zwei Verbandsmitgliedern nicht mehr als drei Fünftel (3/5) der satzungsmäßigen Stimmenzahl in der Verbandsversammlung haben, in einem Zweckverband mit mehr als zwei Verbandsmitgliedern nicht mehr als zwei Fünftel (2/5). Die Verbandsversammlung besteht aus zehn Verbandsräten. Es ergibt sich die folgende Stimmverteilung:

	gesetzlicher Vertreter	Verbandsräte	Anzahl der Stimmen
Stadt Löbau	1	5	6
Gemeinde Rosenbach	1	3	4

(4) Für die der Verbandsversammlung kraft Amtes angehörenden Verbandsräte endet die Mitgliedschaft in der Verbandsversammlung mit dem Ende des kommunalen Wahlamtes. Die Amtszeit der weiteren Verbandsräte endet mit dem Ende der Wahlperiode des Gemeinde- bzw. Stadtrates. Scheidet ein Vertreter vor Ablauf der Wahlperiode aus dem kommunalen Wahlamt aus, so endet seine Mitgliedschaft in der Verbandsversammlung zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens des Ausscheidens aus dem Amt. Die Verbandsräte üben ihr Amt bis zum Amtseintritt der neuen Verbandsräte weiter aus.

(5) Jeder Verbandsrat hat in der Verbandsversammlung eine Stimme. Die Stimmen der Vertreter eines Verbandsmitgliedes können nur einheitlich abgegeben werden.

## § 10 Geschäftsgang der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung wird vom Verbandsvorsitzenden schriftlich unter Einhaltung einer Frist von 6 Kalendertagen, unter Mitteilung der Tagesordnung, Zeit und Ort einberufen. Die Einberufung erfolgt, so oft es die Geschäftslage erfordert, jedoch mindestens einmal im Jahr.

(2) Der Verbandsvorsitzende hat die Verbandsversammlung unverzüglich einzuberufen, wenn dies von einem Fünftel (1/5) der Verbandsräte unter Angabe des Verhand-

lungsgegenstandes beantragt wird und der gleiche Verhandlungsgegenstand nicht innerhalb der letzten sechs Monate bereits behandelt worden ist oder wenn sich die Sach- oder Rechtslage wesentlich geändert hat oder wenn sich seit der Behandlung die Sach- und Rechtslage wesentlich geändert hat.

(3) Auf Antrag von mindestens einem Fünftel (1/5) der Verbandsräte ist ein Verhandlungsgegenstand auf die Tagesordnung spätestens der übernächsten Verbandsversammlung zu setzen, wenn die Verbandsversammlung den gleichen Verhandlungsgegenstand nicht innerhalb der letzten 6 Monate bereits behandelt hat oder wenn sich seit der Behandlung die Sach- und Rechtslage wesentlich geändert hat.

(4) Die Sitzungen der Verbandsversammlung sind öffentlich, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechtigte Interessen einzelner eine nichtöffentliche Verhandlung erfordern.

### § 11

#### **Beschlüsse und Wahlen in der Verbandsversammlung**

(1) Die Verbandsversammlung beschließt durch Abstimmung und Wahlen.

(2) Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn zu einer Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und wenn mehr als die Hälfte der Verbandsräte vertreten, sowie mindestens 1 Verbandsrat je Verbandsmitglied anwesend und stimmberechtigt ist. Bei Beschlussunfähigkeit ist der Verbandsvorsitzende verpflichtet, unverzüglich in gleicher Form und Frist eine weitere Verbandsversammlung einzuberufen. Diese ist unabhängig von der vertretenen Stimmenzahl beschlussfähig, wenn mindestens drei Verbandsräte anwesend sind und wenn in der erneuten Einladung auf diese Folge hingewiesen wurde.

(3) Die Beschlüsse der Verbandsversammlung werden mit Stimmenmehrheit gefasst, soweit nicht durch Gesetz oder in dieser Satzung anderes bestimmt wird. Stimmenthaltungen werden für die Ermittlung der Stimmenmehrheit nicht berücksichtigt. Bei Stimmengleichheit gilt der Beschluss als abgelehnt. Die Verbandsversammlung stimmt offen ab, soweit kein Verbandsrat eine geheime Abstimmung verlangt.

(4) Wahlen werden geheim mit Stimmzetteln durchgeführt. Es kann offen gewählt werden, wenn kein Verbandsrat widerspricht. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der satzungsgemäßen Stimmenzahl erhält. Wird eine solche Mehrheit bei einer Wahl nicht erreicht, findet ein zweiter Wahlgang statt. Gewählt ist, wer in diesem Wahlgang die Mehrheit der Stimmen der anwesenden Verbandsräte erhält.

(5) Über Gegenstände einfacher Art kann schriftlich im Wege des Umlaufs beschlossen werden. Ein hierbei gestellter Antrag ist angenommen, wenn kein Verbandsrat widerspricht.

### § 12

#### **Niederschrift**

(1) Über den wesentlichen Inhalt der Beratungen der Verbandsversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen. Sie muss insbesondere den Namen des Verbandsvorsitzenden, die Zahl der Anwesenden und die Namen der abwesenden Verbandsräte, die Gegenstände der Beratungen, den

Wortlaut der Anträge, die Abstimmungs- und Wahlergebnisse und den Wortlaut der Beschlüsse enthalten.

(2) Die Niederschrift ist vom Verbandsvorsitzenden, dem Schriftführer und zwei Verbandsräten zu unterschreiben. Sie soll innerhalb eines Monats, spätestens aber bis zur nächsten Verbandsversammlung den Verbandsräten zur Kenntnis gebracht werden.

### § 13

#### **Verbandsvorsitzender**

(1) Der Verbandsvorsitzende ist der gesetzliche Vertreter des Abwasserzweckverbandes, er vertritt den Abwasserzweckverband nach außen. Der Verbandsvorsitzende hat einen Stellvertreter. Verbandsvorsitzender und Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus ihrer Mitte gewählt. Verbandsvorsitzender und Stellvertreter können nur die gesetzlichen Vertreter eines Verbandsmitgliedes sein.

(2) Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter werden für die Dauer ihres kommunalen Wahlamtes gewählt. Sie üben ihr Amt nach Ablauf der Zeit, für die sie gewählt sind, bis zum Antritt des neu gewählten Verbandsvorsitzenden bzw. des neu gewählten Stellvertreters aus. Mit Ausscheiden aus der Verbandsversammlung endet auch das Amt als Verbandsvorsitzender oder Stellvertreter.

(3) Zu den Aufgaben des Verbandsvorsitzenden gehört insbesondere:

1. die Führung der laufenden Geschäfte des Abwasserzweckverbandes,
2. die Vollziehung der Beschlüsse der Verbandsversammlung,
3. die Prüfung der Verwaltung der Einnahmen und der Ausgaben und der Rechnungslegung,
4. die Unterbreitung eines Vorschlages für die Festlegung der Beteiligungsquoten der Verbandsmitglieder gem. § 2 Abs. 3 dieser Verbandssatzung,
5. die Vorbereitung der Sitzungen der Verbandsversammlung und deren Einberufung sowie
6. die Vergabe von Leistungen auf Grundlage eines bestätigten Wirtschaftsplanes unter Berücksichtigung der zum Vergabezeitpunkt gültigen VOB/A und VOL/A und des § 13 Abs. 5 dieser Zweckverbandssatzung,
7. die Vorbereitung der Sitzungen und der Beschlussangelegenheiten der Verbandsversammlung,
8. die Beratung von Personalangelegenheiten.

(4) Im Rahmen der Bewirtschaftung des bestätigten Wirtschaftsplanes ist der Verbandsvorsitzende zur Erfüllung der ihm kraft Gesetzes und dieser Satzung obliegenden Aufgaben zum Abschluss von Rechtsgeschäften und zu Verfügungen über Verbandsvermögen bis zu einer Höhe von jeweils 100.000 EUR berechtigt. Der Vorsitzende entscheidet in eigener Verantwortung über die Stundung von Beiträgen, ausgenommen sind Stundungen zugunsten öffentlich-rechtlicher Körperschaften. Über außerplanmäßige und über planmäßige Ausgaben kann er bis zu einer Höhe von 20.000,00 EUR pro Haushaltsstelle in eigener Verantwortung entscheiden.

(5) In dringenden Angelegenheiten, die nicht bis zu einer Verbandsversammlung aufgeschoben werden können, entscheidet der Verbandsvorsitzende anstelle des an sich zuständigen Organs. Die Gründe für die Eilentscheidung und die Art der Erledigung sind der Verbandsversammlung unverzüglich mitzuteilen.

(6) Der Verbandsvorsitzende hat die Verbandsversammlung über alle wichtigen, den Abwasserzweckverband und dessen Verwaltung betreffenden Angelegenheiten regelmäßig zu unterrichten.

(7) Durch besonderen Beschluss der Verbandsversammlung können dem Verbandsvorsitzenden unbeschadet von Absatz 4 weitere Angelegenheiten zur selbständigen Erledigung übertragen werden.

#### § 14

##### **Geschäftsführung, Geschäftsstelle**

(1) Der Abwasserzweckverband kann einen Geschäftsführer bestellen und eine Geschäftsstelle errichten.

(2) Auf Vorschlag des Verbandsvorsitzenden wird der Geschäftsführer von der Verbandsversammlung bestellt. Der Geschäftsführervertrag ist von der Verbandsversammlung vor Vertragsabschluss zu bestätigen.

(3) Die Verbandsversammlung kann dem Geschäftsführer durch Beschluss Angelegenheiten zur selbständigen Erledigung übertragen. Dies gilt insbesondere für:

1. die Verwaltung der Einnahmen und der Ausgaben und die Rechnungslegung,
2. die Abstimmung von Bauplänen und Bauvorhaben aller Art mit den zuständigen Behörden und Stellen,
3. die laufende Koordinierung zwischen Banken, Versicherungen, Behörden, Ingenieur- und Planungsbüros sowie Bauunternehmen und
4. die Zusammenarbeit mit Betriebsführern und anderen Dienstleistern.

(4) Der Geschäftsführer nimmt an den Sitzungen der Verbandsversammlung beratend teil.

#### § 15

##### **Bedienstete des Abwasserzweckverbandes**

Der Abwasserzweckverband hat das Recht, Angestellte und Arbeiter einzustellen.

#### § 16

##### **Stellung der Verbandsräte und des Verbandsvorsitzenden**

(1) Die Verbandsräte und der Verbandsvorsitzende sind ehrenamtlich tätig. Für ihre Tätigkeit gelten die für Gemeinderäte maßgeblichen Vorschriften der SächsGemO entsprechend.

(2) Dem Verbandsvorsitzenden, seinem Stellvertreter und den Verbandsräten wird eine Aufwandsentschädigung gezahlt. Näheres, insbesondere Gegenstand und Höhe der Aufwandsentschädigung, ist durch Satzung zu regeln.

#### § 17

##### **Wirtschaftsführung, Prüfungswesen**

(1) Für den Zweckverband finden die für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften nach Maßgabe des § 58 Abs. 2 SächsKomZG unmittelbar Anwendung.

(2) Die örtliche Prüfung wird entsprechend den Regelungen des § 59 Abs. 1 Nr. 2 Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) durchgeführt.

Die Bestellung eines anderen kommunalen Rechnungsprüfungsamtes oder Rechnungsprüfers, eines Wirtschaftsprüfers oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erfolgt durch jährlichen Beschluss der Verbandsversammlung.

#### § 18

##### **Wirtschaftsjahr, Wirtschaftsplan**

Das Wirtschaftsjahr des Zweckverbandes ist das Kalenderjahr. Der Wirtschaftsplan ist von der Verbandsversammlung mit mindestens zwei Dritteln der satzungsgemäßen Stimmenzahl zu beschließen.

#### § 19

##### **Deckung des Finanzbedarfes**

(1) Der Abwasserzweckverband erhebt, soweit seine sonstigen Einnahmen zur Deckung eines Finanzbedarfes nicht ausreichen, von den Verbandsmitgliedern eine Umlage.

(2) Die Umlage wird erhoben für den nichtgedeckten Sach-, Personal- sowie sonstigen Betriebsaufwand (Betriebskostenumlage).

(3) Die Umlage wird nach den in §§ 6, 2 Abs. 3 dieser Verbandssatzung festgelegten Beteiligungsquoten der Verbandsmitglieder so bestimmt, dass der Aufwand entsprechend dem Nutzen aus der Aufgabenerfüllung auf die einzelnen Verbandsmitglieder verteilt wird. Die Höhe der Umlage ist in der Haushaltssatzung im (Wirtschaftsplan) für jedes Haushaltsjahr (Wirtschaftsjahr) festzulegen.

(4) Für die in der Unterhaltungslast der Verbandsmitglieder stehenden und an die Abwasseranlagen angeschlossenen Ortsdurchfahrten und Gemeindestraßen werden bei der erstmaligen Herstellung und der Erneuerung von Kanälen und sonstigen Abwasseranlagen, die auch der Beseitigung und Reinigung des Straßenoberflächenwassers dienen, von den Verbandsmitgliedern Kostenbeteiligungen erhoben. Dies gilt für Ortsdurchfahrten in der Baulast des Bundes, Freistaates und der Landkreise entsprechend, soweit sich die Baulastträger an den Kosten nicht zu beteiligen haben oder die Kostenbeteiligungen nach § 23 Abs. 5 SächsStrG zur Deckung der nach dem Sächsischen Kommunalabgabengesetz bemessenen Straßenentwässerungskostenanteile nicht ausreichen.

(5) Zur Deckung der auf die Abwasserbeseitigung der angeschlossenen Gemeindestraßen und Ortsdurchfahrten entfallenden und nicht anderweitig gedeckten Investitionsanteile i. S. d. § 11 Abs. 3 SächsKAG leisten die Verbandsmitglieder eine besondere Umlage, sobald eine Maßnahme abgeschlossen ist. Die Umlage wird pauschal durch den Ansatz folgender vom-Hundert-Sätze auf den vollen Herstellungsaufwand bzw., bei gemeinsam genutzten Anlagen, auf den vollen anteiligen Herstellungsaufwand der folgenden Abwasserbeseitigungsanlagen ermittelt.

1. 25 vom Hundert für Kanalanlagen im Mischsystem (Ortskanäle, sowie Sammler und Zuleiter, die auch Niederschlagswasser in erheblichem Umfang abführen, dass dem Reinigungsprozess in der Kläranlage nicht unterzogen wird) einschließlich der Regenbecken (Regenüberlaufbecken, Regenrückhaltebecken, Regenklärbecken) im Mischsystem;
2. 5 bis 10 vom Hundert für das Klärwerk sowie Sammler und Zuleiter – je nach Ausbaugrad der Niederschlagswasserbehandlung –, wenn diese Niederschlagswasser nur insoweit abführen, als dieses auch im Klärwerk einem Reinigungsprozess unterzogen wird;

3. 50 vom Hundert für Regenwasserkanäle und Regenklärbecken im Trennsystem.
4. Auf Klärwerke einschließlich Sammler und Zuleiter entfällt kein Straßenentwässerungskostenanteil, wenn im Trennsystem keine Niederschlagswasserbehandlung stattfindet oder diese in besonderen Regenklärbecken geschieht.
5. Die von den Baulastträgern gem. Abs. 4 an den Abwasserzweckverband zu zahlenden Kostenbeteiligungen werden auf die Umlage angerechnet. Anlagen, die dem Abwasserzweckverband kostenlos übertragen worden sind, bleiben bei der Ermittlung der investiven Straßenentwässerungskostenanteile außer Betracht.

(6) Neben der Umlage nach Abs. 5 ersetzen die Verbandsmitglieder jährlich den nach der Kostenrechnung auf sie entfallenden Straßenentwässerungskostenanteil an den Unterhaltungs- und Betriebskosten durch eine weitere Umlage. Für die Zuordnung der Kosten der gemeinsam genutzten Anlagen gelten die vom-Hundert-Sätze des Abs. 5 entsprechend.

(7) Auf die Umlagen können angemessene Vorauszahlungen erhoben werden. Umlagen und Vorauszahlungen werden einen Monat nach Anforderung durch den Abwasserzweckverband zur Zahlung fällig.

(8) Die Beschlussfassung über Satzungen zum Anschluss- und Benutzungszwang sowie über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren bedarf der Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der satzungsgemäßen Gesamtstimmenzahl in der Verbandsversammlung.

## § 20

### Öffentliche Bekanntmachungen

(1) Öffentliche und ortsübliche Bekanntmachungen des Abwasserzweckverbandes erfolgen in den Amtsblättern der Verbandsmitglieder.

(2) Notbekanntmachungen des Abwasserzweckverbandes erfolgen im Löbauer Wochenkurier. Soweit auch diese Form der Bekanntmachung nicht rechtzeitig möglich ist, erfolgt die Bekanntmachung in anderer geeigneter Weise.

## § 21

### Satzungsänderungen

(1) Anträge auf Satzungsänderungen müssen schriftlich beim Verbandsvorsitzenden eingereicht und begründet werden.

(2) Die Änderung der Verbandssatzung kann von der Verbandsversammlung nur mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der satzungsgemäßen Stimmzahl beschlossen werden.

## § 22

### Ausscheiden von Verbandsmitgliedern

(1) Jedes Verbandsmitglied kann nur zum Ende eines Wirtschaftsjahres aus dem Abwasserzweckverband austreten. Die Austrittserklärung ist spätestens bis zum 30.12. des Vorjahres schriftlich gegenüber dem Verbandsvorsitzenden abzugeben. Dem Austritt muss die Verbandsversammlung mit einer Mehrheit von Dreiviertel (3/4) der satzungsmäßigen Stimmen zustimmen.

(2) Ein ausscheidendes Verbandsmitglied haftet für die bis zum Zeitpunkt des Ausscheidens entstandenen Verbindlichkeiten des Abwasserzweckverbandes gegenüber dem Abwasserzweckverband und seinen Mitgliedern in Höhe der Beteiligungsquote gem. §§ 6, 2 Abs. 3 dieser Satzung. Die Anlagen und Einrichtungen in dem Gebiet des ausscheidenden Mitglieds, das vom Abwasserzweckverband nicht mehr versorgt wird, sollen von dem ausscheidenden Mitglied gegen Erstattung des Anlagenwertes übernommen werden. Ein Rechtsanspruch auf Beteiligung am sonstigen Verbandsvermögen besteht nicht.

(3) Das Nähere ist durch eine Vereinbarung zwischen dem Abwasserzweckverband und dem ausscheidenden Verbandsmitglied zu regeln. Bei Streitigkeiten über das Ausscheiden eines Verbandsmitgliedes ist die Angelegenheit der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen. Diese soll auf eine einvernehmliche Regelung hinwirken.

## § 23

### Auflösung des Abwasserzweckverbandes

(1) Die Auflösung des Verbandes ist aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Die Auflösung bedarf eines Beschlusses der Verbandsversammlung mit einer Mehrheit von Dreiviertel (3/4) der satzungsgemäßen Stimmen aller Verbandsmitglieder sowie der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde.

(2) Der Abwasserzweckverband ist aufgelöst, wenn seine Aufgaben vollständig auf eine andere Körperschaft des öffentlichen Rechts übergehen oder wenn er nur noch aus einem Mitglied besteht. Im letzteren Falle tritt das Mitglied an die Stelle des Abwasserzweckverbandes.

(3) Im Falle der Auflösung des Abwasserzweckverbandes gehen Verbindlichkeiten und Vermögen nach den zuletzt maßgeblichen Beteiligungsquoten gem. §§ 6, 2 Abs. 3 der Verbandssatzung auf die Verbandsmitglieder über.

(4) Der Abwasserzweckverband führt die Geschäfte nach seiner Auflösung fort, solange es die Abwicklung erfordert. Er wird hierbei vom Verbandsvorsitzenden vertreten. Über die zur Abwicklung notwendigen Maßnahmen entscheidet die Verbandsversammlung.

## § 24

### Wegfall von Verbandsmitgliedern

(1) Fällt ein Verbandsmitglied weg, tritt dessen Rechtsnachfolger in die Rechtsstellung des weggefallenen Verbandsmitgliedes ein.

(2) Wenn Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen, kann der Abwasserzweckverband binnen drei Monaten nach Wirksamwerden der Änderung den Ausschluss des Rechtsnachfolgers mit einer Mehrheit von Zweidrittel (2/3) der satzungsmäßigen Stimmzahl in der Verbandsversammlung beschließen. Der Beschluss über den Ausschluss des Rechtsnachfolgers und die Erklärung über sein Ausscheiden bedürfen der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde.



**§ 25****Zusammenarbeit, Satzungsanpassung**

(1) Die Verbandsmitglieder werden im Abwasserzweckverband unter Rücksichtnahme auf ihre gegenseitigen Interessen loyal zusammenarbeiten.

(2) Machen zwingende gesetzliche Bestimmungen die Änderung oder Ergänzung dieser Satzung notwendig, so werden die Verbandsmitglieder die Satzung in dem erforderlichen Umfang anpassen. Die Änderung von gesetzlichen Bestimmungen berechtigen nicht zum Ausscheiden aus dem Abwasserzweckverband.

**§ 26****Schlichtung von Streitigkeiten**

(1) Bei Streitigkeiten zwischen dem Abwasserzweckverband und den Verbandsmitgliedern sowie zwischen Verbandsmitgliedern untereinander über Rechte und Pflichten aus dem Verbandsverhältnis, die nicht im Rahmen der Verbandsversammlung zu klären sind, ist die Rechtsaufsichtsbehörde zur Schlichtung anzurufen.

**§ 27****Inkrafttreten**

Die neu gefasste Verbandssatzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Löbau, den 15.09.2024

Höhne  
Verbandsvorsitzender

**Hinweis**

Nach § 4 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens-, oder Formvorschriften der Sächsischen Gemeindeordnung zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zu Stande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn:

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,

3. der Bürgermeister (Verbandsvorsitzende) dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 der Sächsischen Gemeindeordnung wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
  - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
  - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen. Die Sätze 1 bis 3 sind nur anzuwenden, wenn bei der Bekanntmachung der Satzung auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften und die Rechtsfolgen hingewiesen worden ist.



---

## Impressum

**Herausgeber:**

Sächsische Staatskanzlei  
Archivstraße 1  
01097 Dresden  
Telefon: 0351 564 11312

**Verlag:**

SV SAXONIA Verlag  
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH  
Ludwig-Hartmann-Straße 40  
01277 Dresden  
Telefon: 0351 4 85 26 0  
Telefax: 0351 4 85 26 61  
E-Mail: [gvbl-abl@saxonia-verlag.de](mailto:gvbl-abl@saxonia-verlag.de)  
Internet: [www.recht-sachsen.de](http://www.recht-sachsen.de)  
Verantwortlicher Redakteur: Frank Unger

**Druck:**

Stoba-Druck GmbH  
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

**Redaktionsschluss:**

2. Oktober 2024

**Bezug:**

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 229,49 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 55,88 Euro Postversand) bzw. 127,14 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 7,28 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Ludwig-Hartmann-Str. 40, 01277 Dresden  
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 